



Otto Wels

Nachdem während der Weimarer Republik im Rahmen von „Notverordnungen“ nach und nach alle Rechte und Gesetze ausgehöhlt worden waren, war es ein Leichtes für die Nationalsozialisten, nun auch die Macht im Staat komplett zu übernehmen. Der Reichstag wurde nun von Anhängern der Nazis zu Schauveranstaltungen genutzt, bis hin zu körperlicher Gewalt. Unter diesen Umständen hielt der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Otto Wels, am 23. März 1933, die letzte freie Rede, bei der er leidenschaftlich gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten argumentierte und die Ablehnung durch die SPD begründete.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Danach wurden Andersdenkende systematisch verfolgt, verhaftet oder ermordet. Viele mussten ins Ausland ins Exil fliehen. Unliebsame wurden ausgebürgert und fristeten als Staatenlose meist ein ärmliches Dasein in der Fremde.



Sozialdemokraten müssen unter Aufsicht der SA Parolen entfernen

Die Gruppe Menschen, die sicher am meisten unter den Nazis zu leiden hatte, waren die jüdischen Mitbürger; sie wurden nun zunehmend stärkeren Repressalien ausgesetzt, enteignet und ab der „Reichsprogromnacht“ (9. November 1938) systematisch verfolgt und in Konzentrationslager verschleppt, wo sie dann in den Vernichtungslagern in Gaskammern ermordet wurden.



Bücherverbrennung:
Die Nazis schalteten Kunst und Literatur in Deutschland „gleich“. Kunst, die nicht ihrem Geschmack entsprach wurde als „entartete Kunst“ diffamiert, Bücher von kritischen Autoren aus den Bibliotheken entfernt und 1938 öffentlich verbrannt. Unter den „Verbrannten - Autoren“ waren u.a. die Bücher von Erich Kästner, Heinrich Mann und Kurt Tucholsky. Viele mussten ins Ausland fliehen um nicht in Konzentrationslager gesteckt oder ermordet zu werden.

Besatzungszeit 1945 BIS 1948

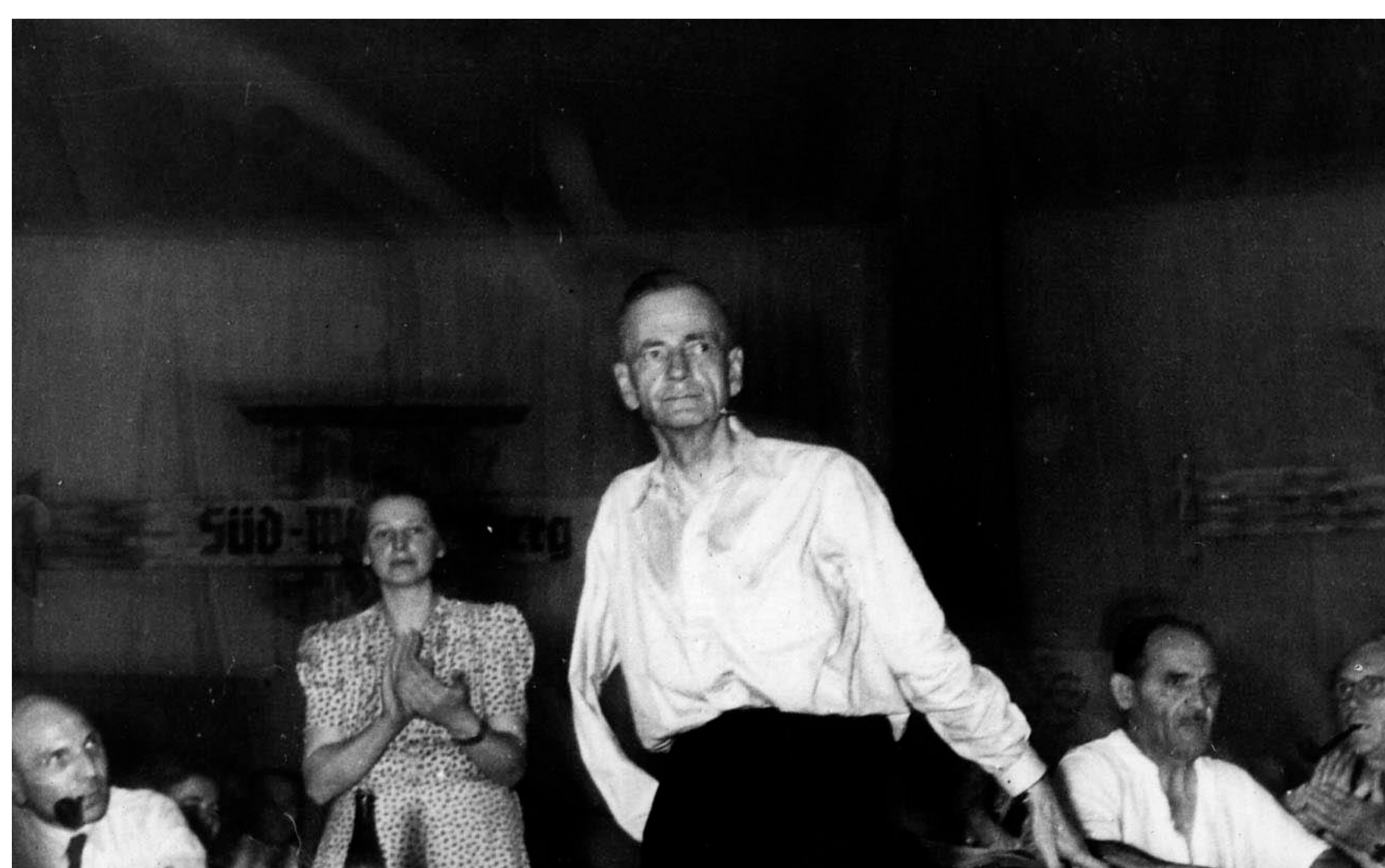
Sowjetische Besatzungszone

Als am 8. Mai 1945 die Deutsche Wehrmacht bedingungslos gegenüber den Alliierten kapitulierte, war die Zeit der Unterdrückung und des Widerstands im Geheimen für die Arbeiterbewegung zunächst vorüber. Es gab Sondierungsgespräche seitens der – noch nicht organisierten – Sozialdemokraten mit der KPD, um eine Einheitspartei der Arbeiterbewegung zu schaffen.

Der SPD war es verboten, ihre eigenen, bereits vor dem NS-Regime etablierten Organisationen wieder aufzubauen. Dazu blieben auch die von den Nationalsozialisten konfiszierten Besitztümer häufig in der Hand der sowjetischen Besatzungsmacht. Damit waren der SPD sämtliche Mittel und Möglichkeiten entzogen, um politisch tätig zu werden. Trotz der Bedenken, mit Kommunisten zu fusionieren, wurde am 19. und 20. April 1946 die Einheit der beiden Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone beschlossen. Nach der Vereinigung zur SED setzte eine zunächst schleichende Verfolgung der Sozialdemokraten ein. Bereits seit 1945 waren Sozialdemokraten verhaftet und in Schauprozessen verurteilt worden. Sozialdemokratische Funktionäre und Abweichler von der Parteilinie, die zum Teil hohe Ämter und Funktionen bekleideten, wurden in einer Verhaftungswelle 1948/49 konsequent aus der SED entfernt und zu Lagerhaft, vielfach in Sibirien, verurteilt. Mit zum Teil vom Zentralkomitee der KPdSU in Moskau befohlenen Urteilen wurden 5.000 bis 6.000 Sozialdemokraten, die gegen die Vereinigung waren, in den folgenden Jahren, in diesen Lagern inhaftiert.

Westliche Besatzungszonen

Zusätzlich zur Sowjetischen Besatzungszone wurde Deutschland in drei weitere Besatzungszonen aufgeteilt: Die Amerikanische, die Britische und die Französische. Aber sehr bald kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Siegermächten, die sich vor allem in Berlin zeigten. Die drei westlichen Siegermächte schlossen sich sehr bald zusammen und bildeten einen Block gegenüber der sowjetischen Siegermacht. Der Wiederaufbau der SPD in den drei westlichen Besatzungszonen ging unter der Führung von Kurt Schumacher voran. Dabei galt es auch den Parteivorstand im Londoner Exil mit einzubeziehen.



Als 1948 in den „westlichen“ Besatzungszonen eine Währungsreform durchgeführt wurde und die DM eingeführt wurde, zog die Sowjetische Besatzungszone wenige Tage später nach und führte die Ost-Mark ein. Als Folge davon riegelte die Sowjetunion alle Zugänge nach West-Berlin ab. Die Westalliierten versorgten Berlin vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 über eine Luftbrücke (Rosinenbomber). Am 1. September 1948 trat der 65-köpfige Parlamentarische Rat in Bonn unter Vorsitz von Konrad Adenauer zusammen. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet. Die Bundesrepublik Deutschland war gegründet.